

6175/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Öllinger, Freundinnen und Freunde haben am 18. Juni 1999 unter der Nr. 6468/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Lehrlingsinitiativen der Bundesregierung gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Lehrlingsoffensive der Bundesregierung umfaßt ein breites Bündel von Maßnahmen, wie z.B.:

- Verbesserung des Rahmenrechts für die Ausbildung von Lehrlingen
- Erhöhung der Durchlässigkeit zu anderen Bildungssystemen
- Einführung neuer Lehrberufe/Modernisierung von Berufsbildern
- Kostenentlastung für die Ausbildungsbetriebe
- Ausweitung der AMS - Aktivitäten für Jugendliche
- Informationsaktivitäten
- Schaffung eines Auffangnetzes für Jugendliche ohne betriebliche Lehrstelle

Die konkrete Umsetzung der auf politischer Ebene beschlossenen Maßnahmen der Lehrlingsoffensive erfolgte auf Regierungsebene durch die Mitarbeiter der beteiligten Ressorts.

Das Bundeskanzleramt beauftragte im Rahmen seiner Koordinationskompetenz ein fachkundiges Unternehmen mit der Durchführung des Projektmanagements im Rahmen der Lehrlingsoffensive und beteiligte sich auch an Informationsmaßnahmen zur Lehrlingsoffensive. Darüber hinaus wurde noch ein Auftrag zur Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Reform der betrieblichen Berufsausbildung vergeben.

Im einzelnen wurden vom Bundeskanzleramt folgende Aufträge vergeben:

1. Vergabe des Auftrages zum Projektmanagement der Lehrlingsoffensive:

Der Rahmenvertrag wurde mit der L.S. - Beratungsgesellschaft für europäische Integrationsfragen GmbH. zunächst für den Zeitraum 1.9.1997 bis 30.6.1998 abgeschlossen und dann bis 30.6.1999 (im reduzierten Umfang) verlängert.

Um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich darüber hinaus auf die Beantwortung der detaillierteren Frage 1 der Parlamentarischen Anfrage 6673/J, die ich mit gleichem Datum dem Parlament übermittle.

2. Beteiligung an Informationsmaßnahmen

Das Bundeskanzleramt beteiligte sich auch an den allgemeinen Informationsmaßnahmen zur Lehrlingsoffensive der Bundesregierung.

Die Informationsmaßnahmen teilen sich in zwei Bereiche und zwar in den Bereich „Informationsunterlagen“ und in den Bereich „Einschaltungen in Printmedien (Zeitungsinserate)“.

Dabei wurde folgende Arbeitsaufteilung festgelegt:

- Die Erstellung und der Versand der Informationsunterlagen erfolgt durch das AMS, da das AMS über die notwendigen Adressen verfügt.
- Das Bundeskanzleramt war verantwortlich
 - für die graphische Linie der Informationsmaßnahmen
 - für den Media - und Einschaltplan
 - für die Einschaltung der Inserate in den Printmedien

a. Graphische Linie der Informationsmaßnahmen:

Mit der Konzeption der graphischen Linie wurde die Fa. Mark u. Nevosad Wien beauftragt.

b. Erstellung des Media - und Einschaltplans, Schaltung der Inserate:

Mit der Erstellung des Media- und Einschaltplans wurde die Werbeagentur W.P.W. beauftragt. Als Honorar wurde 3 % der Nettokosten (exkl. Anzeigenabgabe und exkl. MWSt.) der einzelnen Einschaltungen vereinbart.

Um das Agenturhonorar (15 % der Inseratskosten) für den Bund lukrieren zu können, ist die Einschaltung der Inserate nicht unmittelbar durch das Bundeskanzleramt, sondern über die W.P.W. Werbegraphik GmbH veranlaßt worden.

c. Produktion eines Videofilmes

Mit der Produktion eines Videofilmes über die Tätigkeiten der Lehrlingsoffensive zur Präsentation bei Unternehmungen und der Presse wurde die Fa. Euroteam Beratungsgesellschaft für europäische Integrationsfragen GmbH beauftragt.

3. Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Reform der betrieblichen Berufsausbildung:

Die Lehrlingsoffensive war schwerpunktmäßig als Sofortprogramm konzipiert, da die anstehenden Probleme der jugendlichen Schulabgänger, eine qualifizierte Ausbildungsstelle zu finden, rasch gelöst werden mußten. Neben dieser kurzfristig orientierten Aufgabenstellung ist die Lehrlingsoffensive aber auch darauf ausgerichtet, die duale Lehrlingsausbildung den sich rasch ändernden Rahmenbedingungen anzupassen und dadurch den langfristigen Bestand dieser Ausbildungsform zu sichern. Während also in der Anfangsphase notwendigerweise sofort wirksame Maßnahmen im Vordergrund gestanden sind, geht es nunmehr verstärkt auch darum, Konzepte für mittel - bis langfristig angelegte Reformmaßnahmen zu erstellen und damit eine fundierte Basis für politische Entscheidungen in diese Richtung zu schaffen.

Der betreffende Vertrag wurde für den Zeitraum 1.2.1999 bis 30.9.1999 mit der Firma Euroteam Beratungsgesellschaft für europäische Integrationsfragen GmbH geschlossen.

Zu Frage 2:

Vom Bundeskanzleramt wurden im Zusammenhang mit den unter Frage 1 angeführten Aufträgen Finanzmittel in folgender Höhe eingesetzt:

1. Rahmenvertrag mit der L.S. - Beratungsgesellschaft für europäische Integrationsfragen GmbH (Projektmanagement):

Auftragssumme für die gesamte Laufzeit des Vertrages inkl. Verlängerung bis 30.6.1999 beträgt 2,688.000,-- S exkl. Ust., davon ist noch eine Restzahlung von 302.400,-- S exkl. USt. offen.

2. Informationsmaßnahmen:

Folgende Kosten fielen an:

- a. Graphische Linie: 594.660,-- inkl. USt. im Jahr 1997,
1,227.068,-- S im Jahr 1998

- b. Media - und Einschaltplan, Schaltung der Inserate:
im Jahr 1997: 6,447.768,-- S inkl. USt. Inseratskosten,
206.245,-- S inkl. Ust. Honorar

im Jahr 1998: 5,461.682,-- S inkl. USt. Inseratskosten
174.377,-- S inkl. USt. Honorar

- c. Produktion eines Videofilmes: 31.856,-- S inkl. USt.

3. Vertrag mit der Firma Euroteam Beratungsgesellschaft für europäische Integrationsfragen GmbH (Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Reform der betrieblichen Berufsausbildung):

Die Gesamtauftragssumme beträgt 915.560 S exkl. Ust.; bisher wurde eine Bevorschussung von 457.780 S exkl. USt. geleistet, die vertragsgemäß innerhalb von vier Wochen nach Inkrafttreten des Vertrages zu leisten war.

Zu Frage 3:

Vorweg ist klarzustellen, daß Herr Stuhlpfarrer nicht zum Lehrlingsbeauftragten der Bundesregierung bestellt wurde. Der im Jahr 1997 vom Bundeskanzleramt abgeschlossene Projektmanagementvertrag wurde mit der L.S. - Beratungsgesellschaft für europäische Integrationsfragen GmbH abgeschlossen. Aufgrund § 3 des Rahmenvertrages war diese Gesellschaft verpflichtet, bei der Durchführung des Auftrages Herrn Lukas Stuhlpfarrer oder eine Person mit gleicher Qualifikation als Projektleiter einzusetzen.

Die L.S. - Beratungsgesellschaft und ihre leitenden Mitarbeiter konnten zum Zeitpunkt der Auftragserteilung auf umfangreiche Erfahrungen im Bereich der Jugendausbildung verweisen und waren außerdem in der Lage, unverzüglich mit den vertragsgegenständlichen Tätigkeiten zu beginnen.

Den auftraggebenden Personen im Bundeskanzleramt waren zum Zeitpunkt der Vertragsabschlüsse keine Beanstandungen der Leistungen der L.S. - Beratungsgesellschaft sowie ihrer leitenden Mitarbeiter bekannt.

Zu Frage 4:

Im Rahmen der Lehrlingsinitiative wurden eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, die

- den Lehrberuf insgesamt aufwerteten und
- den bis zum Start der Lehrlingsoffensive ganz deutlichen Trend, daß die Betriebe immer weniger Lehrlinge einstellten, nicht nur stoppten, sondern auch umkehrten.

Zwischen 1996 und 1998 ist die Gesamtzahl der Lehrlinge von 120.000 auf 125.500 gestiegen. Die Zahl der Lehranfänger in betrieblichen Lehrstellen konnte zwischen 1996 und 1998 von 37.000 auf 39.000 erhöht werden. Zusätzlich konnten 1998 mehr als 3.000 Jugendliche eine qualifizierte Ausbildung in Einrichtungen des „Auffangnetzes“ beginnen.

In Summe lag somit die Zahl der Anfänger einer qualifizierten Berufsausbildung im Jahr 1998 um mehr als 5.000 höher als im letzten Jahr vor Start der Lehrlingsoffensive. Gegenüber den Prognosen, die von einem weiteren deutlichen Rückgang der angebotenen Lehrstellen ausgegangen waren, liegt diese positive Abweichung sogar um einiges höher.

Die positive Trendumkehr ist zweifelsfrei auf die Maßnahmen der Lehrlingsoffensive der Bundesregierung zurückzuführen.

Die Erfolge dieser Initiative lassen sich auch daran ablesen, daß mit Ende des Lehrjahres 1998/1999 die Zahl der lehrstellensuchenden Jugendlichen beinahe gleich hoch lag wie die Zahl der offenen Lehrstellen. Ende Juni 1998 waren 2.116 Jugendliche als lehrstellensuchend gemeldet; gleichzeitig gab es 1.980 offene Lehrstellen.

Für den Ausbildungslehrgang 1999/2000 ist aufgrund der Maßnahmen der Lehrlingsoffensive - trotz nach wie vor geburtenstarker Jahrgänge - zu erwarten, daß es gelingen wird, allen lehrstellensuchenden Jugendlichen eine Chance auf eine qualifizierte Ausbildung bieten zu können. !

Die aufgezeigten Erfolge wurden durch das Zusammenwirken der vielen im Rahmen der Lehrlingsoffensive gesetzten Maßnahmen erzielt. Die vom Bundeskanzleramt beauftragten Aktivitäten sind vor diesem Hintergrund zu sehen und haben sicherlich mit zum Gesamterfolg beigetragen.